

(Ministerin Behler)

- (A) Ich will ein weiteres Projekt ansprechen, das für diesen Haushalt zentral ist: die verlässliche Halbtagschule. Sie ist ein Beweis dafür, daß das Land Nordrhein-Westfalen sich auch bei engem Finanzrahmen neuen Aufgaben stellt. Wir haben im Landeshaushalt insgesamt 23,4 Millionen DM für den Einsatz von Betreuungskräften an den etwa 3 900 Schulen im Primarbereich bereitgestellt. Mit Hilfe dieser Anteilsfinanzierung durch das Land konnte die Lebenssituation einer großen Zahl von Familien und Alleinerziehenden erheblich verbessert werden.

Durch die flexible Erlaßregelung, durch die beispielhafte Zusammenarbeit aller Beteiligten und gerade auch durch das hohe Engagement von Eltern ist es gelungen, schon jetzt 45 000 Kinder in 3 000 Gruppen zu betreuen. Das ist ein großer Erfolg für die betroffenen Familien, für die Kinder, für die Eltern, für die Verwandten und für die Schulen selbst.

(Beifall bei der SPD)

Dieses in Zeiten knapper Kassen mit unkonventionellen Methoden auch möglich zu machen, halte ich für den Beweis dafür, daß Perspektiven gegeben sind.

- (B) Es war schon im ersten Jahr ein überwältigender Erfolg, und es ist zu erwarten, daß auch in den nächsten Schuljahren weitere Grundschulen Betreuungsgruppen einrichten, so daß es die Grundschule ohne Betreuungsangebot künftig nur noch als Ausnahme geben wird.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber)

Ich bin sehr dankbar, daß in den Fachausschüssen des Landtags beschlossen worden ist, die Mittel für die Betreuung um über eine Million DM zu erhöhen, so daß die bereits an einigen Schulen eingerichteten zweiten Gruppen auch im nächsten Schuljahr fortgeführt werden können.

Durch die des weiteren beschlossene gegenseitige Deckungsfähigkeit der Titel im Grundschulkapitel und im Sonderschulkapitel wird die Effizienz der Mittelverwendung weiter gesteigert.

Ich fasse zusammen: Der Einzelplan 05 und das mittelfristige Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung geben uns alle Chancen, das Bildungssystem auch in Zukunft kreativ und innovativ zu gestalten. Hier werden die wesentlichen Grundlagen gelegt. Es liegt nun an allen Beteiligten in diesem Bereich, ihre Aufgaben ernst zu nehmen und über das Ernstnehmen hinaus, wie ich eingangs sagte, auch mit Freude an die Zukunftsaufgaben heranzugehen. Ein Stückchen dieser Freude

sind wir auch den Kindern und Jugendlichen schuldig. Sie haben ein Anrecht darauf, dieses von uns einfordern zu können. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe die Beratung.**

Wir kommen zur **Abstimmung.** Wer dem **Einzelplan 05** entsprechend der Beschlußempfehlung **Drucksache 12/1605** die Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Dann ist dies mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen.**

Ich rufe nun auf

#### **Einzelplan 06: Ministerium für Wissenschaft und Forschung**

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung Drucksache 12/1606, **eröffne die Beratung** und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Kessel das Wort.

**Dietrich Kessel (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! So wie in anderen Ausschüssen auch, hat es die CDU-Fraktion im Ausschuß für Wissenschaft und Forschung gehalten: Sie hat nicht nur auf die Einbringung eigener Anträge zum Wissenschaftshaushalt verzichtet, sondern sich auch nicht an der Beratung und Abstimmung über die Anträge der Koalitionsfraktionen beteiligt. (D)

(Minister Dr. Michael Vesper: Haben die dafür Geld bekommen?)

- Das ist mir unbekannt. - Auch in dieser Haushaltsdebatte hat die Opposition wieder einmal die Chance vertan, ihre Alternativen zur Wissenschaftspolitik der Regierungskoalition zu verdeutlichen.

(Beifall der Birgit Fischer (SPD))

Auf die Frage, wo die Opposition Schwerpunkte in der Wissenschaftspolitik setzen würde, bleibt sie die Antwort erneut schuldig. Anstatt den Versuch zu unternehmen, hochschulpolitisches Profil zu gewinnen, verharrt die CDU wieder einmal in der Sprachlosigkeit.

Dabei hätte es aus Oppositionssicht durchaus Themen gegeben, zu denen wir von der CDU-Frak-

(Kessel [SPD])

(A) tion im Rahmen der Debatte über den Einzelplan 06 kritische, gegebenenfalls auch zustimmende Anmerkungen hätten erwarten können.

Wir im Landtag können uns ja noch damit abfinden, daß es der CDU-Fraktion auch in Sachen Wissenschaftspolitik die Sprache verschlagen hat. Nur: Ob die Opposition mit der Weigerung, zu Themen der Wissenschaftspolitik in der Haushaltsdebatte Stellung zu nehmen, in den Hochschulen einen Blumentopf gewinnen kann, wage ich doch sehr zu bezweifeln.

Was uns die CDU an Auskünften über ihre Vorstellungen zur Finanzierung von Wissenschaft und Forschung hier im Landtag verweigert, liefern uns in diesen Tagen die konservativ-liberale Bundesregierung und ihr für Bildung zuständiger Minister in um so reichlicherem Maße.

Welchen Stellenwert Wissenschaft und Forschung bei CDU/CSU und F.D.P. haben, ist bei den Entscheidungen zum Bundeshaushalt 1997 wieder einmal deutlich geworden.

Um 5,6 % wird der Haushalt des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur im kommenden Jahr heruntergefahren. Das entspricht einer Reduzierungsrate, die doppelt so hoch ist wie die des jetzt beschlossenen Bundeshaushalts insgesamt. Das Ganze passiert vor dem Hintergrund, daß der zuständige Minister noch bei der Diskussion über den Haushalt 1995 verkündet hat, die Bundesregierung wolle in den nächsten Jahren die Haushaltsmittel für die Aufgaben dieses Bundesministeriums überproportional steigern. Dies zeigt, wie wenig ernst es die CDU mit der Priorität für Wissenschaft und Forschung meint.

(Minister Dr. Michael Vesper: So ist es!)

Vor wenigen Tagen hat die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ihre alljährliche Statistik über die Bildungsausgaben in verschiedenen Ländern veröffentlicht. Die die Lage der Bildungsausgaben in Deutschland beschreibenden Daten belegen erneut den relativ geringen Stellenwert, den Bildung, Wissenschaft und Forschung in Deutschland haben. So hat diese Organisation ermittelt, daß der Anteil der Bildungsausgaben am Bruttosozialprodukt in unserem Land nur 4,8 % beträgt, während er im Durchschnitt aller in die Berechnung einbezogenen Mitgliedstaaten der OECD bei 5,8 % liegt. Damit nimmt Deutschland in dieser internationalen Statistik der Bildungsausgaben unter 18 einbezogenen Staaten Rang 16 ein. Der Anteil der Bildungsausgaben an den gesamten staatlichen Ausgaben beträgt in Deutschland ledig-

lich 9,5 %, während er im Durchschnitt aller einbezogenen Staaten bei 12,3 % liegt. (C)

Was macht unser Zukunftsminister angesichts dieser sicher nicht allein von ihm zu verantwortenden Daten? Anstatt eine Kampagne mit dem Ziel der Erhöhung der Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung einzuleiten, bastelt er sich getreu dem Motto, daß nicht sein kann, was nicht sein darf, statistische Daten zu den Bildungsausgaben zurecht, die Deutschland in einem besseren Licht erscheinen lassen, als das nach den OECD-Daten der Fall ist. Zu erwähnen ist, daß bei den Rüttgerschen Rechenkunststücken allerdings auch nur ein Mittelplatz für Deutschland herausgekommen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man über Bildungsausgaben spricht, muß man auch über das Thema Studiengebühren reden; schließlich haben junge Menschen ein Recht darauf zu erfahren, welche Auffassung die Parteien zu der Frage haben, ob junge Menschen zur Sicherstellung der Finanzierung der Hochschulen durch Zahlung von Studiengebühren beitragen sollten.

Zu diesem Thema verweigert die CDU seit neuestem eine eindeutige Antwort.

(Reinhold Trinius [SPD]: Wie überhaupt!)

Dies belegen die vor wenigen Tagen von den der CDU/CSU angehörenden Wissenschaftsministern veröffentlichten Eckpunkte zur Hochschulreform. Gemeinsam haben sie diese Eckpunkte herausgegeben. Da sie aber keine gemeinsame Position zum Thema Studiengebühren finden konnten, haben sie dieses Thema einfach unterschlagen. Einige der der CDU/CSU angehörenden Wissenschaftsminister meinten, man solle auf Studiengebühren verzichten, andere wollen sie einführen. Nur in einem waren sie sich einig: in ihrer Ablehnung einer Forderung der SPD-Bundestagsfraktion, ein Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz zu verankern. (D)

(Ministerin Anke Brunn: Interessant!)

Insbesondere die Studierenden in Nordrhein-Westfalen würde interessieren, welche Position denn die CDU-Landtagsfraktion zu diesem Thema vertritt

(Manfred Degen [SPD]: Wer ist denn das?)

und was sie von der Ausklammerung dieses Themas aus den sogenannten Eckpunkten der CDU/CSU-Wissenschaftsminister zur Hochschulreform hält. Aber auch hier bleibt sie uns die Antwort schuldig.

(Kessel [SPD])

- (A) Trotz aller Haushaltsprobleme auf Bundes- und Länderebene werbe ich nachdrücklich dafür, alles zu tun, um die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung zumindest auf dem erreichten Niveau zu halten. Eine Reduzierung der Ausgaben für diese Bereiche verschlechtert nicht nur die Bildungschancen junger Menschen, sie ist zugleich gegen die Wahrung der Zukunftschancen unseres Landes gerichtet.

Lassen Sie mich einige Punkte des Einzelplans 06 ansprechen.

Mit der zweiten Ergänzungsvorlage zum Entwurf des Landeshaushalts wird das Hochschulsonderprogramm III in den Landeshaushalt eingeführt. Auch wenn es wünschenswert gewesen wäre, dieses Programm angesichts seiner Zielsetzungen wesentlich besser auszustatten, besteht nun endlich Klarheit darüber, in welchem Umfang für welche Projekte der Verbesserung der Strukturen im Hochschulbereich, der Weiterentwicklung unserer Fachhochschulen oder der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses zusätzliche Mittel bereitstehen. Daß es gelungen ist, die im Rahmen der durch das Land zu leistenden Kofinanzierung des Hochschulsonderprogramms erforderlichen Mittel dem Wissenschaftshaushalt zusätzlich zuzuführen, verdeutlicht, daß die Koalition an der vereinbarten Prioritätensetzung zugunsten von Wissenschaft und Forschung festhält.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Ebenfalls in der zweiten Ergänzungsvorlage hat die Landesregierung vorgeschlagen, die Private Universität Witten/Herdecke im kommenden Jahr mit 9 Millionen DM zu fördern und für die folgenden vier Jahre insgesamt 41 Millionen DM an Fördermitteln vorzusehen.

Ausgehend von den im Vergleich zu den Jahren 1995 und 1996 gezahlten Förderbeträgen in Höhe von jeweils 6 Millionen DM ist die vorgeschlagene Steigerungsrate angesichts der Entwicklung der Ausgaben für die staatlichen Hochschulen mehr als überproportional. Ich habe deshalb volles Verständnis dafür, daß die staatlichen Hochschulen die starke Erhöhung des jährlichen Förderbetrags nur schwer akzeptieren können, zumal der größere Teil der Fördergelder durch Minderausgaben im Wissenschaftshaushalt erwirtschaftet werden muß.

Ich halte diesen Anstieg jedoch insbesondere in Verbindung mit der erfolgten Festlegung für begründbar, daß es sich bei den für die Jahre 1997 bis 2001 vorgesehenen Förderbeträgen nicht nur

um Höchstbeträge, sondern auch um Beträge (C) handelt, deren Überschreiten definitiv ausgeschlossen ist.

Daß ich als Abgeordneter des Wahlkreises, in dem die private Universität ihren Sitz hat, selbstverständlich froh darüber bin, daß das Land mit diesen Förderbeträgen zur Sicherung dieser für die regionale Entwicklung wichtigen Bildungseinrichtung beiträgt, will ich hier nur am Rande erwähnen.

Auch wenn 1997 im Vergleich zu diesem Jahr die reinen Ausgaben für den Hochschulbau erneut eine Zuwachsrate aufweisen, ist die Situation des Hochschulbaus nach wie vor unbefriedigend. Auch 1997 wird der Bund wieder nur 1,8 Milliarden DM zur Verfügung stellen, obwohl der Wissenschaftsrat 2,45 Milliarden DM für erforderlich hält.

(Donata Reinecke [SPD]: Unglaublich!)

Dies hat zur Folge, daß 1997 mit dem Bau einiger dringend benötigter Hochschulvorhaben nicht begonnen werden kann. In ihrer Rede zur Einführung in den Wissenschaftshaushalt 1997 hat die Ministerin Beispiele angeführt; insofern verweise ich darauf.

Ich fordere deshalb zum wiederholten Male die Bonner Regierungskoalition auf, endlich die für die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau dringend zusätzlich erforderlichen Mittel bereitzustellen. Trotz aller Bemühungen des Landes, den Hochschulen im Rahmen seiner Möglichkeiten in ausreichendem Maße Mittel zur Verfügung zu stellen, bleibt abschließend doch festzuhalten, daß die finanzielle Ausstattung der Hochschulen nach wie vor zu wünschen übrig läßt. (D)

Angesichts der aus dieser Situation resultierenden Schwierigkeiten im Hochschulalltag leisten unsere Hochschulen Vorbildliches. Dafür sei ihnen von dieser Stelle aus ausdrücklich gedankt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, dem Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Ich erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Fitzek das Wort.

(Dr. Manfred Busch [GRÜNE]: Wo ist denn die Opposition? Es ist ja niemand da!)

(A) **Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich würde mich freuen, wenn ich auch die CDU etwas zahlreicher hier begrüßen könnte, als es der Fall ist.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Drei GRÜNE sind auch da!)

- Es sind mehr da. Der prozentuale Anteil ist deutlich höher als bei Ihnen.

(Minister Dr. Michael Vesper: Es sind genauso viele GRÜNE da wie CDU-Abgeordnete!)

Rechnen Sie das einmal von insgesamt 24 Abgeordneten aus!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begreifen die Förderung von Wissenschaft und Forschung nicht als Luxusaufgabe, die nur dann erfüllt werden soll, wenn gutgefüllte Kassen es zulassen. Bildung, Wissenschaft und Forschung sind vielmehr unabdingbar für die gesellschaftliche, ökologische und ökonomische Entwicklung des Landes. Welche Einrichtungen, wenn nicht die Hochschulen, sollen denn die Ideenschmieden für Gesellschaft und Wirtschaft sein? Wir sind davon überzeugt, daß die Zukunftssicherung des Landes NRW maßgeblich von seiner wissenschaftlichen Infrastruktur, von der Qualität seiner akademischen Institutionen und der Intelligenz und Kreativität junger Menschen abhängt. Deshalb halten wir es auch in finanziell schwierigen Zeiten für notwendig, Bildung, Wissenschaft und Forschung einen entsprechenden Stellenwert einzuräumen.

(B) Wie viele meiner Vorredner und Vorrednerinnen muß ich an dieser Stelle etwas zu dem, gelinde gesagt, seltsamen Oppositionsverhalten der CDU sagen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich verstehe Sie absolut nicht. Schon zum zweiten Male kommt von Ihnen in den Haushaltsberatungen überhaupt kein nennenswerter Beitrag. Wann nehmen Sie endlich die Verantwortung, die Sie im Parlament haben, wahr? Warum nutzen Sie weder im Fachausschuß noch im Plenum Ihre Chance? Zeigen Sie uns doch endlich, wie der solide finanzierte, den Problemen angemessene Haushalt à la CDU aussieht! Wir sind gespannt.

Sie kündigen nur vielsagend etwas an, um dann nichts, wirklich nichts vorzulegen. Kein einziger Haushaltsantrag ist im Wissenschaftsausschuß von Ihnen gestellt worden. Wahrscheinlich, so muß ich vermuten, fällt Ihnen aber außer einem Streichkonzert, wie es Ihr sogenannter Zukunftsminister in Bonn veranstaltet, wirklich nichts Neues ein. Selbst

jetzt, wo sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen entkrampft haben, kommt von Ihnen immer noch nichts Substantielles. Ich habe den Eindruck: Es hat sich wieder einmal nur um viel Luft um nichts gehandelt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch nun konkret zum Einzelplan 06!

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Frau Kollegin Fitzek, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Dr. Kraft?

**Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Ja, bitte!

**Dr. Hans Kraft (SPD):** Frau Fitzek, Sie haben zu Recht kritisiert, daß sich die CDU "kaum" an den Haushaltsberatungen beteiligt hätte. Hat sie sich denn überhaupt an den Haushaltsberatungen im Ausschuß beteiligt?

**Ingrid Fitzek (GRÜNE):** Der Kollege Kessel hat in seiner Rede schon alles Notwendige dazu gesagt. Nein, sie haben sich überhaupt nicht beteiligt, weder mitdiskutiert noch abgestimmt noch irgendeinen sonstigen konstruktiven Beitrag geleistet.

(Stefan Frechen [SPD]: Unglaublich - Dr. Hans Kraft [SPD]: Unbegreiflich! - Klaus Matthiesen [SPD]: Ungeheuerlich!)

- Ja, das ist ungeheuerlich, Herr Matthiesen. Darin kann ich Ihnen nur voll beipflichten.

Doch nun konkret zum Einzelplan 06! - Nach wie vor gibt es dringenden Handlungsbedarf an den Hochschulen. Der personelle und räumliche Ausbau ist voranzubringen, Sanierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen an Hochschulgebäuden und bei Studentenwohnheimen sind durchzuführen.

Gleichzeitig ist es notwendig, Finanzmittel zu mobilisieren, um qualitative Reformen im Hochschul- und Forschungsbereich anzustoßen oder zu unterstützen. Die Reform von Studium und Lehre, die nachdrückliche Förderung von Frauen im Wissenschaftsbereich sowie die Förderung einer auf ökologische und soziale Fragestellungen ausgerichteten Forschungstätigkeit sind zentrale Elemente einer zukunftsorientierten Wissenschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen.

Der Regierungsentwurf für den Wissenschaftshaushalt hat 1997 ein Volumen von gut 8,3 Milliar-

(Fitzek [GRÜNE])

- (A) den DM. Davon entfallen auf die Hochschulen etwa 4,8 Milliarden und auf die Kliniken 1,3 Milliarden DM. Die Mittel für die Forschungsförderung sind um 3,6 Prozent gesteigert worden und die der Titelgruppe 94, also die Mittel für Forschung und Lehre an den Hochschulen, um 2,8 Prozent.

Als weitere positive Punkte möchte ich zum einen das im Rahmen des letzten Haushalts erstmals etatisierte "Innovationsprogramm Forschung" nennen. Das Land hat sich damit die gezielte Förderung interdisziplinärer Zukunftsprojekte in den Bereichen Umwelt, Verkehr, sanfte Chemie, Gesundheit, Produktion und Dienstleistung sowie im Bereich von Kommunikation und Medien zur Aufgabe gemacht. Es wird 1997 um 4 Millionen auf 29,4 Millionen DM aufgestockt.

Sodann möchte ich das Programm zur Personalabsicherung von Existenzgründungen im Hochschulbereich nennen, das ebenfalls mit dem Haushalt 1996 angelaufen ist. Es wird um 1,5 Millionen DM auf 3,5 Millionen DM erhöht. Ziel ist es hierbei, daß sich Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen von einer gesicherten Halbtagsstelle an einer Hochschule aus schrittweise mit einer eigenen Firma selbständig machen können. Das ist ein sinnvoller Beitrag zum Wissenstransfer von der Hochschule in die unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereiche hinein.

(B)

Die Haushaltsgespräche zwischen den Koalitionsfraktionen haben außerdem Veränderungen gegenüber dem Entwurf des Einzelplanes 06 ergeben, die ich in Stichworten nennen möchte:

Die Mittel zur Nachwuchsförderung mit dem Schwerpunkt Frauen bleiben in vollem Umfang von 5 Millionen DM erhalten und werden durch eine Verpflichtungsermächtigung von 3 Millionen DM flankiert.

Wiedereinstiegsstipendien für Frauen werden im bisherigen Volumen von 2 Millionen DM aus dem Hochschulsonderprogramm III gezahlt. Vor dem Hintergrund - das müssen wir bedenken -, daß bis zum Jahr 2004 die Hälfte der Professuren durch Pensionierungen frei werden, ist es jetzt erforderlich, Maßnahmen zu ergreifen, die die Chancen von Frauen deutlich verbessern, eine Professur zu erlangen.

Darüber hinaus sind die Mittel für Frauenbeauftragte an Hochschulen um 1 Million DM aufgestockt worden und bleiben damit auf dem Stand von 1996 erhalten.

Für die im Koalitionsvertrag vereinbarten Gutachten zur Auswertung der Erfahrungen mit Frauenhochschulen und Frauenstudiengängen bleiben die 1996 noch nicht abgeflossenen 600 000 DM erhalten. Ein weiterer Punkt ist ---

(C)

(Klaus Matthiesen [SPD]: Kann ich da auch studieren, oder ist das nur für Frauen?)

- Das kommt auf die Art der Studiengänge an. Sie sind doch gebildet, Herr Matthiesen!

(Klaus Matthiesen [SPD]: Das hat damit nichts zu tun! - Glocke des Präsidenten)

Ein weiterer Punkt ist, daß die Vergütung von Lehraufträgen in künstlerischen Fächern an Musikhochschulen um rund 7 % gegenüber 1995 angehoben wird.

Neben diesen positiven Ergebnissen möchte ich auch noch einige wenig erfreuliche Aspekte benennen, bei denen wir trotz fachpolitisch guter Argumente die SPD nicht überzeugen konnten:

Der Wissenschaftshaushalt 1997 ist bei vielen relevanten Titeln lediglich überrollt worden, obwohl es gut begründeten Bedarf darüber hinaus gibt. So sind die Ausgaben für den Hochschulbau nahezu auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Fördersumme zur Qualifikation des weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses entspricht ebenso wie die Mittel, die für die Frauenbeauftragten vorhanden sind, dem Stand von 1996.

(D)

Gekürzt worden ist das Gesamtvolumen der Mittel, die den Studentenwerken zur Verfügung stehen. Reduziert wurden auch die Mittel im Bereich der öffentlichen Debatte über kontroverse Forschungsfelder. Die Ansätze, die für letzteres gedacht sind, sollen vor allem die Debatte über die Gentechnik verstärken und Betroffenen, Kritikern und Kritikerinnen und Befürwortern gleichberechtigte Möglichkeiten verschaffen, sich am öffentlichen Meinungsbildungsprozeß zu beteiligen. Diese Mittel sind auf 250 000 DM halbiert worden.

Der personelle Ausbau der Hochschulen stagniert leider nahezu. Neben der Absicherung der Stellen aus den Hochschulsonderprogrammen I und II ist im Personalbereich nichts Signifikantes realisiert worden.

Trotz der von mir genannten positiven Ansätze im Einzelplan 06 gibt es in der Gesamtbilanz leider eine deutliche Schiefelage zwischen dem, was notwendig ist und machbar wäre, und dem, was tatsächlich umgesetzt worden ist.

(Fitzek [GRÜNE])

- (A) Als wissenschaftspolitische Sprecherin meiner Fraktion empfehle ich in der Abwägung von Erreichtem und vorhandenen Defiziten, dem Einzelplan 06 zuzustimmen. Das habe ich auch im Ausschuß getan.

Ich bedauere es allerdings, meine Damen und Herren von der SPD, daß wir Sie bei den Haushaltsberatungen nicht überzeugen konnten, die vorhandenen Spielräume zur Umschichtung und Umverteilung im Haushalt besser zu nutzen, um so dringend benötigte zusätzliche Mittel über das Geleistete hinaus für die gemeinsam doch als prioritär definierten Bereiche Wissenschaft und Forschung zu mobilisieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber: Ich erteile für die Landesregierung Frau Ministerin Brunn das Wort.

Anke Brunn, Ministerin für Wissenschaft und Forschung: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich finde es auch bedauerlich, daß die Opposition die Möglichkeit der Auseinandersetzung über den Haushalt, die schließlich das Königsrecht des Parlamentes ist, nicht nutzt. Um so wichtiger ist es aber doch, daß wir untereinander und vor der Öffentlichkeit Rechenschaft ablegen.

- (B)

Meine Damen und Herren, wenn Sie den Einzelplan 06 in der vorliegenden Form bewilligen, dann wird der Wissenschafts- und Forschungshaushalt im Jahre 1997 ein Volumen von 8,35 Milliarden DM haben. Das sind fast 2 Milliarden DM oder 30 % mehr, als wir noch im Jahre 1990 dafür zur Verfügung stellen konnten.

Trotzdem scheint auf den ersten Blick, verglichen mit dem Gesamthaushalt, der Bereich "Wissenschaft und Forschung" im nächsten Jahr unterdurchschnittlich bedacht zu sein. Denn gegenüber 1996 ergibt sich nur ein Plus von 77 Millionen DM oder 0,9 %.

Tatsächlich ist die Entwicklung günstiger. Wissenschaft und Forschung haben auch haushaltsmäßig weiter Priorität für unser Land. Die Mittel für Forschungsförderung sind nämlich 3,6 % höher als im Vorjahr. Die Mittel für Lehre und Forschung werden gegenüber den Hochschulen um 2,8 % gesteigert. Das ist angesichts der allgemeinen Haushaltsentwicklung schon wichtig.

Die optisch ungünstige Gesamtsteigerungsrate von 0,9 % ist leider Konsequenz der Tatsache, daß das BAföG durch die Bundesregierung "kaputtgespart

wird". Für 1997 mußte der BAföG-Ansatz in Nordrhein-Westfalen wiederum um 91 Millionen DM reduziert werden - und dies, obgleich es uns von seiten der Länder über den Bundesrat gelungen ist, entgegen den ursprünglichen Absichten der Bundesregierung die Studienabschlußförderung fortzusetzen. Denn diese sollte nach den Plänen der Bundesregierung zum 1. Oktober 1996 entfallen.

Ebenso gelang es, die vom Bundesbildungsminister geplante Verzinsung des BAföG in der Regelstudienzeit, das sogenannte Zins-BAföG, zu verhindern. Dennoch mußte unser BAföG-Ansatz um 91 Millionen DM zurückgenommen werden. Die Entwicklung trifft nicht nur die Optik unseres Haushalts, nein, sie trifft vor allen Dingen die Studierenden selbst!

Weil nämlich Bedarfssätze und Freibeträge nicht hinreichend an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt wurden, sind immer mehr Studierende aus Familien mit geringem Einkommen aus der Förderung herausgefallen. Im Vergleich zu 1980 haben Bund und Länder im Jahre 1994 ein Drittel weniger für die Ausbildungsförderung ausgegeben. Die Zahl der Studierenden hat sich aber im gleichen Zeitraum verdoppelt. Gleichzeitig ist der Anteil der Studierenden, die BAföG bekommen, von 37 % auf 24 % im Jahre 1994 gesunken und liegt heute noch erheblich darunter. Heute erhält in Nordrhein-Westfalen nicht einmal jeder fünfte Studierende BAföG und bei weitem nicht jeder den Höchstsatz. Von denen, die BAföG erhalten, erhält nur jeder Vierte den Höchstsatz. Sie brauchen sich nur auszurechnen, daß tatsächlich von den Studierenden nicht einmal jeder Zehnte das BAföG mit dem Höchstsatz erhält. Das ist schon eine dramatische Negativentwicklung.

Bedenken Sie zugleich, daß im September dieses Jahres von der Bundesregierung und der Bundestagsmehrheit mit der sogenannten Kanzlermehrheit die Abschaffung der Rentenversicherungsfreiheit für Studierende - von sogenannter geringfügiger Beschäftigung abgesehen - durchgesetzt worden ist. Studentische Hilfskräfte, die oberhalb 590 DM monatlich verdienen, sind jetzt rentenversicherungspflichtig und erhalten somit bei gleicher Arbeit tatsächlich 10 % weniger ausbezahlt als zuvor.

Bedenken Sie weiterhin, daß die Anrechnung beitragsfreier Zeiten der Bildung in der Hochschule von früher sieben auf drei Jahre reduziert wurde. Das heißt: Man bekommt später weniger Rente. Das ist dramatisch. Die Studierenden zahlen gegen-

(C)

(D)

(Ministerin Brunn)

- (A) wärtig tatsächlich die Zeche für eine bildungs- und jugendfeindliche Bundespolitik.

Und wer dann noch meint, man müßte nicht endlich Klarheit über die Studiengebühren schaffen, den frage ich, wo er eigentlich lebt und was man der jungen Generation noch meint zumuten zu können. Deshalb fordere ich dringend auf, bundesweit - genauso wie in Nordrhein-Westfalen - Klarheit darüber zu schaffen, damit nicht noch etwa Studiengebühren nachgesattelt werden.

(Beifall bei der SPD und des Dr. Stefan Bajohr [GRÜNE])

Deshalb muß der erste Punkt auf der Tagesordnung für das kommende Jahr der Einstieg in eine neue und gerechte Studienförderung sein. Das BAföG muß überarbeitet und auf der Basis einer Grundfinanzierung eine einkommensbezogene und einkommensabhängige BAföG-ähnliche Spitzenfinanzierung aufgebaut werden. Das ist notwendig, weil sonst die Studierenden, was ihre materielle Situation betrifft, immer weiter ins Abseits geraten. Und es ist auch notwendig, daß dabei besonderes Engagement wie Auslandsstudium oder Gremienarbeit nicht, wie jetzt von der Bundesregierung durchgesetzt, bestraft wird. Es muß honoriert werden, wenn sich jemand besonders anstrengt, und es darf beim BAföG nicht bestraft werden.

- (B) Diese Regelung ist abzuschaffen, und zwar so schnell wie möglich.

Beim Hochschulbau bietet sich optisch ein günstigeres Bild bei uns im Lande, tatsächlich ist die Lage aber deshalb ungünstig, weil die Bundesregierung ihre Hochschulbaumittel unverändert überrollt hat, was bei uns zur Zurückstellung wichtiger Bauvorhaben geführt hat. Daraus resultiert langfristig ein großer Nachteil.

Und es ist auch nachteilig, daß die Bundesregierung ihre Mittel für Forschung reduziert. Immerhin ist der Anteil des Haushalts des Bundesforschungsministers um 4,5 % zurückgegangen. Das können wir als Land nicht alles ausgleichen.

Dennoch können wir eigene neue Möglichkeiten schaffen; wir können eigene neue Initiativen starten. Dabei handelt es sich zum einen um das Innovationsprogramm Forschung. Dadurch können wir neue Forschungsschwerpunkte fördern, zum Beispiel Forschung und Entwicklung in Fachhochschulen, zum Beispiel geisteswissenschaftliche Zentren, zum Beispiel Verbünde in wichtigen Zukunftsfeldern wie Multimedia, Katalysatorforschung - ich erinnere an das Stichwort "sanfte Chemie" -, Verkehr oder moderne Kraftwerkstechnik, zum Bei-

spiel in der Medizin, zum Beispiel neue Arbeitsgruppen in der Technikfolgeabschätzung, und zum Beispiel können wir auch im kommenden Jahr alle Voraussetzungen dafür schaffen, daß die wichtigen Umweltforschungsinstitute in Oberhausen und Münster zu Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft werden können. Das ist wichtig.

Im vergangenen Jahr bereits konnten wir die Grundlage dafür schaffen, daß sich alle Hochschulen gemeinsam mit einem nordrhein-westfälischen Wissenschaftsnetz an die Breitbandvernetzung angeschlossen haben. Im kommenden Jahr stehen dafür aus den Mitteln für Forschung und Lehre zusätzlich 5,4 Millionen DM zur Verfügung.

Daß dies gelungen ist, ist besonders auf die Bereitschaft der Hochschulen zum gemeinsamen Vorgehen zurückzuführen. Wir haben dadurch erreicht, daß Nordrhein-Westfalen jetzt bundesweit über die beste Breitbandvernetzung aller Bundesländer verfügt. Dieses Projekt ist inzwischen ein Vorbild für die anderen Bundesländer geworden. Sie werden unseren Maßstäben folgen. Das war aber nicht nur durch die Unterstützung des Finanzministers möglich, sondern auch, weil die Hochschulen zu gemeinsamem Auftreten bereit waren.

War es in diesem Jahr unser Ziel, Hochschulen ans Netz zu bringen, was gelungen ist, so wollen wir im kommenden Jahr Studierende und Forscher auf die Datenautobahn bringen, und das mit den zusätzlichen Mitteln von rund 47 Millionen DM, die sich im Hochschulsonderprogramm III finden und die wir für die Multimediagrundausstattung, für die Nutzung neuer Medien in Bibliotheken, für die virtuelle Universität und für die Multimediaausstattung zum Beispiel solcher Studiengänge wie des gemeinsamen Studiengangs Jura der Fernuniversität Hagen und der Universität Düsseldorf nutzen wollen.

Wir wollen unser Aktionsprogramm "Qualität der Lehre" fortsetzen. Gleiches gilt für das "Innovationsprogramm Forschung" und den Versuch "Hochschule und Finanzautonomie".

Dabei ist es mir besonders wichtig, hier darauf hinzuweisen, daß Finanzautonomie kein Selbstzweck ist. Sie ist vielmehr ein Instrument für den sachgerechten und flexiblen Mitteleinsatz. Sie versetzt die Hochschulen in die Lage, auf aktuelle Entwicklungen bedarfsgerecht und schnell zu reagieren und die interne Mittelzuweisung investiv auszurichten. Finanzautonomie stärkt das Kostenbewußtsein und belohnt die Sparsamkeit. Sie erhöht die Motivation zu selbstverantwortlichem Handeln in den Hochschulen.

(C)

(D)

(Ministerin Brunn)

(A) Das ist sehr wichtig, setzt allerdings voraus, daß dieses Instrument von Landesregierung und Haushaltsgesetzgeber im Hinblick darauf, was mit der gewonnenen Flexibilität geschieht, positiv begleitet wird. Und deshalb ist es wichtig, daß den Hochschulen die Spielräume für die Nutzung dieser Flexibilität belassen werden.

Eine in den Augen der Hochschulen negative Sanktionierung der Finanzautonomie würde die Bereitschaft zu eigenverantwortlichem Handeln erheblich einschränken. Dann aber könnten wir die Finanzautonomie, weil wir insofern auf den Rückhalt in den Hochschulen angewiesen sind, nicht fortentwickeln. Darum ist dieses Instrument so wichtig, und darum empfehle ich es dem Landtag zur pfleglichen Beobachtung. Wir sind gerne bereit, alle nötige Transparenz über den Einsatz und die Wirksamkeit dieses Instruments zur Verfügung zu stellen.

Wir wollen an der Kostenrechnung der Hochschulen weiterarbeiten. Wir wollen die leistungsorientierte Mittelvergabe ausbauen. Wir wollen vor allen Dingen erreichen, daß es zukünftig einen objektiven Finanzvergleich zwischen den Hochschulen gibt. Hierzu läuft ein Modellprojekt, in das wir demnächst auch die Private Universität Witten-Herdecke einbeziehen wollen, zu deren Sicherung wir jetzt beitragen können, die sich dann bundesweit als ein Modell für eine Privathochschule einem solchen Vergleich stellen sollte.

(B)

Meine Damen und Herren, wir sind auf die Kreativität unserer Forscher und den Transfer unseres Wissens aus den Hochschulen in die Öffentlichkeit und die Wirtschaft angewiesen. Dies stützen wir mit eigenen Projekten und Programmen wie zum Beispiel einer verstärkten Selbstständigkeitsförderung oder einer Patentinitiative zur Förderung von Patenten in den Hochschulen.

Wir sind auch ein bißchen stolz darauf, daß unsere Anstrengungen in diesem Jahr eine ganz besondere Honorierung erfahren haben; denn Nordrhein-Westfalen hat mit der Bioregio Rheinland, an der das gesamte Land dranhängt, den Bioregio-Wettbewerb gewonnen. Das ist nur dadurch möglich gewesen, daß hier zehn Jahre lang Wissenschaft und Forschung heftig und kräftig vorgeleistet haben und die Wirtschaft inzwischen bereit ist, auch solche Projekte zu flankieren.

(Beifall des Dr. Hans Kraft [SPD])

Das muß man fortsetzen. Denn Leistung fällt nicht vom Himmel. Solche Erfolge sind nur das Ergebnis langfristiger Anstrengungen. Darum bitten wir den Landtag um Unterstützung des Haushalts zum

Einzelplan 06. Wir hoffen, daß die Opposition dann irgendwann einmal laut gibt, damit man wenigstens weiß, worüber man sich auseinandersetzen kann. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Katrin Grüber:** Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich **schließe** deshalb die **Beratung** zum Einzelplan 06.

Bevor wir zur Abstimmung kommen, teile ich Ihnen mit, daß Frau Kollegin Fitzek eine Erklärung zur Abstimmung gemäß § 56 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Landtags<sup>\*)</sup> vorgelegt hat. Sie ist hiermit zu Protokoll gegeben.

(Klaus Matthiesen [SPD]: Was steht da drin?)

- Sie wird zu Protokoll gegeben.

Wir kommen jetzt zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung Drucksache 12/1606**. Wer der Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das **Handzeichen**. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU **angenommen**.

(D)

Ich rufe auf:

### Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung 12/1603 und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Frechen das Wort.

**Stefan Frechen (SPD):** Liebe Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Antonius Rösenberg [CDU]: Die gehen alle raus!)

Ich grüße auch die Beisitzer, Frau Keller und Herrn Jentsch - man muß das einmal tun, weil sie immer wieder vergessen werden - sowie selbstverständlich auch Herrn Becker!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

\*)

siehe Anlage zu diesem Protokoll